

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT **EXTRA**

Zeitung der **DKP** Hannover, August 2019
www.dkp-hannover.de

Abrüsten statt Aufrüsten !

Vor 80 Jahren, am 1. September 1939 begann das faschistische Deutsche Reich mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg. Ein Krieg zur Eroberung, Versklavung und Vernichtung anderer Völker und Länder, der nur unter größten Opfern durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und der Widerstandsbewegungen aller Länder Europas beendet werden konnte. Insbesondere die Sowjetunion, die 27 Millionen Todesopfer beklagen musste, hatte entscheidenden Anteil an der Befreiung Deutschlands.

All das scheint uns lange her. Undenkbar, dass solche grausamen Zeiten wiederkommen. Aber ist die heutige Politik der deutschen Bundesregierung dem Frieden verpflichtet? Nein, im Gegenteil. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr die Ausgaben für Militär und Rüstung drastisch erhöht. Von 38,5 Mrd. Euro jährlich auf 43,2 Mrd. Euro – die größte Erhöhung seit Ende des Kalten Krieges. Wenn es nach der NATO geht, sollen bis zum Jahr 2024 sogar 2% des deutschen Wirtschaftsleistung für das Militär ausgegeben werden. Was sich zunächst gering anhört, wären aber ca. 85 Mrd. Euro – die jährlich für Panzer,

Raketen, Kriegsschiffe und Kriegswaffen jeglicher Art verschwendet werden sollen. Die von niemandem gewählte neue „Verteidigungs“-ministerin Kramp-Karrenbauer hat als erste Amtshandlung ein deutliches Bekenntnis zu diesem NATO-Ziel abgelegt.

Uns bedroht jedoch kein Land der Welt. Weder Russland noch China wollen Krieg mit uns. Stattdessen rückt die NATO aber immer weiter an die russische Westgrenze vor und provoziert dort mit Truppenaufmärschen und Manövern. US-Atombomben lagern auf dem Fliegerhorst Büchel, in Ramstein befindet sich die größte US-Airbase außerhalb der USA und alle neun Monate rollen US-Truppen über deutsches Territorium Richtung Osten; der nächste Transport im Herbst führt wieder durch Niedersachsen.

Statt immer mehr Steuergelder in einen neuen Kalten Krieg zu stecken brauchen wir endlich Geld für mehr Personal in Krankenhäusern, mehr Geld für Schulen und sichere Renten. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum in öffentlichem Besitz statt deutscher Truppen im Ausland und ausländischer Truppen im Inland!

Ohne Regie im Ihme-Zentrum

Zurückgespult: Bei der Grundsteinlegung des Ihme-Zentrums 1971 sagte der damalige Oberstadtdirektor Neuffer zur City Bau KG, sie sei zwar Bauträger, die Verantwortung aber bliebe bei der Öffentlichkeit!

Doch bald wurde klar, dass es mit der Verantwortlichkeit dann doch nicht so klar war. Die wurde schnell in die aufgehaltene Hände der Investoren und Spekulanten gegeben.

Nun kann man ruhigen Gewissens vorspulen, denn der weitere Verlauf war vorhersehbar und schlecht gemacht. Die Investoren kassierten ihre Gagen, versprachen Heilung, stellten sich im schönsten Lichte dar, und wenn sich die „Verantwortlichen“ einig waren und es an die Umsetzung gehen sollte, kamen wahlweise Zahlungsunfähigkeit, Insolvenz oder Weiterverkauf dazwischen.

Währenddessen subventionierte die Stadt ohne Regressforderung an die Investoren den jeweiligen Zustand des Ihme-Zentrums.

Achtung, Spoilergefahr! Nach dreijähriger Intown-Group-Sequenz ohne eine bewegte Szene (Storyline: 15 Monate bürokratische Hürden, dann warten auf den nächsten Investor), kann jetzt Herr Windhorst weiter improvisieren, denn der Regiestuhl der Stadt Hannover bleibt weiterhin leer. So ist kein Happy End in Sicht.

1. September 2019: Antikriegstag in Hannover

Um 11:15 Uhr Treffen am Mahnmal Maschsee-Nordufer, von dort zur Aegidienkirche und weiter zur Abschlusskundgebung um 12:30 Uhr am Neuen Rathaus

Heiße Luft von Minister Lies

Wohnungspolitik in Niedersachsen

Landesminister Lies, der sich für vieles zuständig sieht - für Umwelt, Energie, Bauen und den Klimaschutz – stellte Anfang Juli den Wohnungsmarktbericht 2018/2019 für Niedersachsen vor. Interessanterweise saß bei dieser Vorstellung die Verbandsdirektorin der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft mit am Tisch.

Wahre Worte vom Minister: „Die Aussagen des Wohnungsmarktberichtes sind eindeutig: Wir haben weiterhin vielerorts im Land einen angespannten Wohnungsmarkt. Das gilt vor allem für unsere Ballungsgebiete, Universitätsstädte, wirtschaftlichen Regionen aber auch für die ländlichen Räume. vielerorts fehlen günstige und vermehrt barrierefreie Wohnungen, Mietpreissteigerungen und ein Anziehen der Kaufpreise für Eigenheime und Eigentumswohnungen sind die Folge. Gleichzeitig ist der Bestand an Sozialwohnungen weiter rückläufig. Insofern ist die Schaffung

von günstigen Wohnungen die Kernaufgabe der nächsten Jahre.“

Klartext: Das Geschäft mit Immobilien in Niedersachsen ist im vergangenen Jahr auf einen Rekordumsatz von 22 Milliarden Euro gestiegen. Minister Lies weiß sehr wohl, dass viele Sozialwohnungen demnächst aus der Mietpreisbindung herausfallen: Von den vor 30 Jahren noch 120 000 Sozialwohnungen bleiben bis 2022 nur noch 40 000 übrig.

Anstatt hier als Gesetzgeber aktiv zu werden um wenigstens diesen schmalen Bestand an Sozialwohnungen zu erhalten, fällt dem SPD-Minister nichts besseres ein, als den Verursachern und Profiteuren der Krise des Wohnungsmarkts noch mehr Zucker in den Arsch zu blasen. Das Land Niedersachsen will den Immobilienunternehmen zusätzlich 400 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung zukommen lassen. Wer hat, dem wird gegeben!

Um den Mietenwucher wirklich zu bekämpfen, muss das Land nicht die

Immobilienhaie hätscheln, sondern selbst als Anbieter von bezahlbarem Wohnraum auftreten, wie es auch der DGB Niedersachsen fordert. Niedersachsen muss jetzt eine landeseigene Wohnbaugesellschaft gründen und finanziell gut ausstatten. Damit würde ein Gegengewicht gegen die schamlose Preistreiberei der Immobilienkonzerne und Wohnungsspekulanten geschaffen.

Richtig wäre, mit öffentlichen Geldern öffentlichen Wohnungsbestand zu bauen anstatt diejenigen, die sich an der Krise des Wohnungsmarkts schamlos bereichern, noch reicher zu machen. Anständig Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Dazu müssen Wohnungen für „Normalverdiener“, junge Familien und Rentner bezahlbar sein. Wohnungen sind Mittel zum Leben und keine Renditeobjekte!

Gegen Mietwucher hilft nur öffentlicher Wohnungsbau!

Veranstaltungen im August

Die DKP und die SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend) laden ein zu einer Podiumsdiskussion zum Thema:

Arbeitskampf oder Sozialpartnerschaft?

Soziale Rechte, erstritten durch die Arbeiterbewegung, werden immer weiter abgebaut. Wie kann sich die Gewerkschaftsbewegung hierzulande effektiv wehren? Helfen uns die Spielregeln der Sozialpartnerschaft, des Co-Management? Oder ist es nötig, dass die Gewerkschaft wieder in die Offensive geht? Können Einzelne etwas tun? Was tun?

**mit Vertretern der EVG und verdi
Freitag, 16. August, 19 Uhr
Freizeitheim Linden, Raum 5**

Termine und Aktionen der DKP Hannover

**Stadtteilgruppe
Linden
nächstes Treffen:
Montag,
19. August
19.30 Uhr**

**Freizeitheim Linden,
Windheimstr. 4**

**Stadtteilgruppe
Mitte
nächstes Treffen:
Montag,
19. August
19.00 Uhr**

**DKP-Kreisbüro,
Göttinger Str. 58**

Wir laden jede Woche ein zum

Roten Freitag

**Zum Klönen und Diskutieren über
Dit und Dat bei Kaffee und Keksen
von 16:00 bis 18:00 Uhr
DKP-Kreisbüro, Göttinger Straße 58**